

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des

Gemeinderates der Marktgemeinde Lasberg

am **26. April 2007**

Tagungsort: Oswalderstraße Nr. 10 (Musikschule)

ANWESENDE:

1. Bürgermeister Josef **BRANDSTÄTTER** als *Vorsitzender*.

2. Ahorner Herbert	14. Puchner Johann
3. Bauer Andrea	15. Sandner Hermann
4. Binder Franz	16. Satzinger Helmut
5. Dorninger Elfriede.....	17. Stütz Leopold
6. Freudenthaler Wolfgang	18. Tscholl Manfred
7. Gratzl Sieglinde	19. Tucho Gerlinde
8. Hackl Friedrich	20. Winklehner Alois
9. Hackl Sigrid	21. Zeindlinger Franz
10. Höller Alois	22.
11. Kainmüller Günter.....	23.
12. Katzmaier Josef	24.
13. Manzenreiter Franz	25.

Ersatzmitglieder:

1. Waldhör Rudolf	für Rath Anita
2. Kiesenhofer Ernst	für Winkler Markus
3. Haunschmied Herbert	für Katzenschläger Martin
4.	für
5.	für

Der Leiter des Gemeindeamtes: Christian **Wittinghofer**

Fachkundige Personen (§ 66 Abs.2 O.ö. GemO. 1990):

Es fehlen:

entschuldigt:

Rath Anita.....
Winkler Markus

entschuldigte Ersatzmitglieder:

(VP-Ersatzmitglieder siehe Rückseite).....

Katzenschläger Martin

Steinmetz Otmar..... unentschuldigt:

.....

.....

Der Schriftführer (§ 54 Abs.2 O.ö. GemO.1990): AL. Christian **Wittinghofer**

Der Vorsitzende eröffnet um 20.⁰⁰ Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde;
- b) die Verständigung hierzu an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 17. April 2007 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 1. März 2007 zur Genehmigung vorliegt und während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

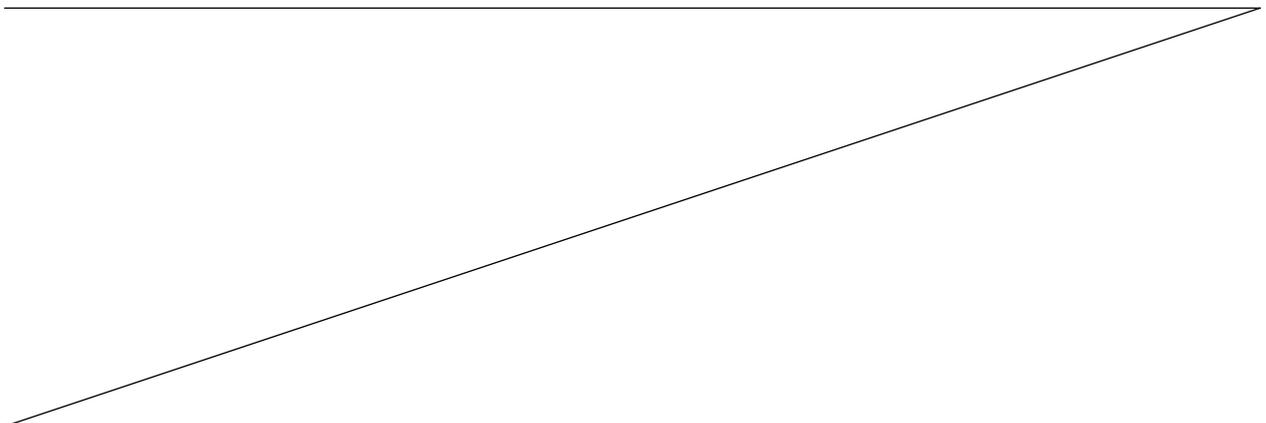
Sodann gibt der Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

Die Gemeinderatsmitglieder Anita Rath, Markus Winkler und Martin Katzenschläger haben sich aus verschiedenen Gründen rechtzeitig zur Teilnahme an der Sitzung entschuldigt. Für das SPÖ-Gemeinderatsmitglied Anita Rath wurde das Ersatzmitglied Rudolf Waldhör eingeladen, nachdem sich das nächstgereichte Ersatzmitglied Ernst Tscholl ebenfalls zur heutigen Sitzung entschuldigt hat. Kurz vor der Sitzung musste sich das Gemeinderatsmitglied Otmar Steinmetz zur Teilnahme entschuldigen, weil er noch an einer Verhandlung teilnehmen muss, dessen Ende noch nicht absehbar war. Für ihn konnte kein Ersatzmitglied mehr einberufen werden.

Für die ÖVP-Gemeinderatsmitglieder Markus Winkler und Martin Katzenschläger wurden die Ersatzmitglieder Ernst Kiesenhofer und Herbert Haunschmied eingeladen, welche auch erschienen sind. Die vor dem Ersatzmitglied Haunschmied gereichten Ersatzmitglieder Wolfgang Affenzeller, Klaus Hasiweder, Ing. Martin Speta, Markus Ladendorfer, Ing. Johann Fröhlich und Ing. Herbert Köppl haben sich aus verschiedenen Gründen ebenfalls zur heutigen Sitzung entschuldigt.

Gemäß § 54 Abs. 3 der GemO 1990 i.d.g.F. ist die Verhandlungsschrift vom Vorsitzenden, von je einem Mitglied der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, welche zu Beginn jeder Sitzung dem Vorsitzenden von den jeweiligen Fraktionsobmännern namhaft zu machen sind, und vom Schriftführer zu unterfertigen. Der Vorsitzende ersucht die Fraktionen je einen Protokollfertiger namhaft zu machen. Als Protokollfertiger werden Vizebürgermeister Leopold Stütz von der ÖVP-Fraktion, Franz Binder von der SPÖ-Fraktion und Günter Kainmüller von der FPÖ-Fraktion namhaft gemacht.

Es sind 3 Zuhörer erschienen.



Tagesordnung, Beratungsverlauf und Beschlüsse:

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Projekt ASZ-Erweiterung:

Kenntnisnahme der Projektsänderung und Finanzierungszusagen im Sinne der Beratung des Umweltausschusses und Gemeindevorstandes vom 17.4.2007

Der Vorsitzende ersucht Vizebürgermeister Leopold Stütz um Berichterstattung. Dieser berichtet, dass sich der Umweltausschuss in den letzten Sitzungen mit der Erweiterung und den Ausbau des ASZ beschäftigt hat. In der letzten Sitzung wurde gemeinsam mit dem Gemeindevorstand das Projekt noch einmal besprochen und die Finanzierungsmöglichkeiten wurden erörtert.

Im Juni 2006 wurde eine behördliche Überprüfung des ASZ durchgeführt, die grundsätzlich keine Mängel ergab. Es wurde jedoch dringend empfohlen, den Standplatz für den Alteisen-Container zu überdachen. Diese zusätzliche Baumaßnahme soll im Zuge der Schaffung der befestigten Manipulations- und Parkflächen erfolgen dessen Kosten bei rund 37.000 Euro exkl. MWSt. liegen. Für dieses Vorhaben liegt seitens der Umweltabteilung des Landes eine Förderungszusage in der Höhe von 40 % der belegten Kosten vor. Weiters liegt eine BZ-Mittel-Zusage des Gemeindeferenten Dr. Stockinger in der Höhe von 20.000,00 Euro vor.

Seitens der Gemeinde wurde von der Firma Wimberger-Haus ein Planentwurf und eine Kostenschätzung für das Flugdach erstellt und bei der Abteilung Umwelt- und Anlagentechnik um Förderung dieser Baumaßnahme angesucht. Die Kostenschätzung der Firma Wimberger beträgt (Beträge exkl. MWSt.):

Erdarbeiten	€	3.989,00
Rohbau	€	8.621,00
Komplettierung	€	1.533,00
<u>Baustufe ab Rohbau</u>	€	<u>15.599,00</u>
Gesamt Nettobetrag	€	33.741,00

Seitens der Umweltabteilung wurde die Förderung um diesen Zubau erweitert und beträgt ebenfalls 40 % der Investitionskosten bzw. rund 29.000,00 Euro. Eine Vorsprache bei LR Dr. Stockinger hat ergeben, dass eine Aufstockung der gewährten BZ-Mittel von derzeit € 20.000,- nicht erfolgen wird. Im Voranschlagserlass des Landes für das Jahr 2007 wird darauf hingewiesen, dass für die Errichtung, den Erhalt und den Betrieb von Altstoffsammelzentren in OÖ. die Bezirksabfallverbände zuständig sind und künftig keine Bedarfszuweisungsmitteln mehr gewährt werden.

Die nicht geförderten bzw. nicht durch BZ-Mittel abgedeckten Baukosten müssen nun von der Gemeinde aufgebracht werden, weil auch seitens des Bezirksabfallverbandes keine Rücklagen für derartige Vorhaben vorhanden sind. Es war die Möglichkeit zu prüfen, ob eventuell eine Darlehensaufnahme oder eine andere Finanzierungsform möglich erscheint.

Die Kosten bzw. die Finanzierung stellt sich derzeit wie folgt dar:

Kosten lt. Kostenberechnungen:

Parkplätze und Vorplatzgestaltung – lt. Strm.Schwaha	36.880,00 €
Flugdach – lt. Fa. Wimberger (Ausschreibung bereits erfolgt)	33.741,00 €
<u>Gesamtkostenaufwand</u>	<u>70.621,00 €</u>

Finanzierung:

Zugesagte Bedarfszuweisungsmittel	20.000,00 €
Landesförderung , Abteilung Umwelt und Anlagentechnik	28.248,00 €
Gemeindeeigenmittel (Darlehen)	22.373,00 €
<u>Summe:</u>	<u>70.621,00 €</u>

Das Darlehen bzw. die Gemeindeeigenmittel könnten mit einer 4 %-igen Verzinsung und einer jährlichen Annuität in der Höhe von 5.026,00 € in maximal fünf Jahren getilgt werden.

Diese Annuität wäre auf die Abfall-Grundgebühr umzulegen. Dies würde bedeuten, dass die Mehrbelastung pro Haushalt 5,08 Euro (5.026 : 989 HH = 5,08 €) in den nächsten 5 Jahren (2008 – 2012) betragen würde.

Durchschnittliche Grundgebühr pro Haushalt 2007	88,90 €
Baukostenbeitrag	5,08 €
<u>Neue Grundgebühr</u>	<u>93,98 €</u>

Diese Mehrkosten machen 5,4 % der Abfallgrundgebühr aus.

Eine Rückfrage bei der Gemeindeabteilung bzw. durch AL Wittinghofer hat ergeben, dass eine Darlehensaufnahme doch möglich ist, wenn die Darlehenstilgung und Zinsen aus dem Gebührenhaushalt erfolgt und in der Abfallwirtschaft kein Abgang entsteht. Dem hat Gemeindeferent Dr. Stockinger heute mündlich zugestimmt.

Die Laufzeit des Darlehens könnte dadurch verringert werden, wenn die Rücklagen aus der Abfallwirtschaft zur Darlehenstilgung herangezogen werden können. Durch die Darlehenstilgung mit den Überschüssen 2006 (€5.576,00) und 2007 (ca. €4.500,00) würde sich der Darlehensbetrag ab 2008 auf rund 12.000,00 Euro verringern.

Derzeit ist für das Flugdach die Ausschreibung der Baumeister-, Zimmermeister- und Dachdeckerarbeiten erfolgt. Anboteröffnung ist am 27. April 2007. Das Flugdach soll als 1. bauliche Maßnahme errichtet werden und in weiterer Folge soll in den Sommermonaten die Baumaßnahme mit der Parkplatzbefestigung durchgeführt und bis zum Herbst abgeschlossen werden.

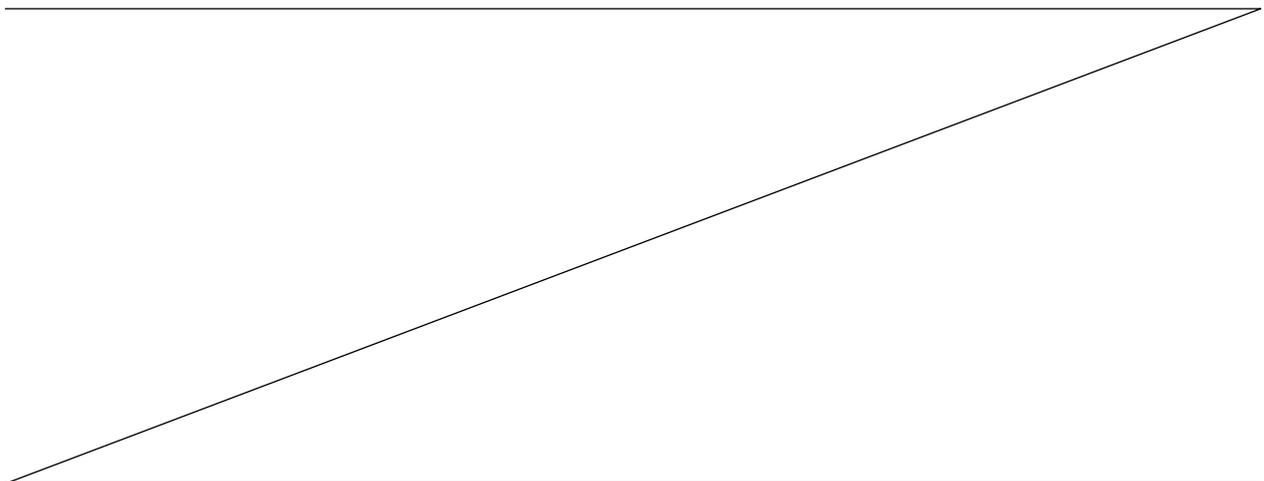
Der Berichterstatter stellt den **Antrag**, das geänderte Projekt und die Finanzierungsmöglichkeiten wie im Umweltausschuss und Gemeindevorstand vorberaten zur Kenntnis zu nehmen.

In der Debatte meint das Gemeinderatsmitglied Binder, dass die Forderung nach einer Öffnung des ASZ am Samstag dringend gegeben ist und zumindest für ein paar Stunden geöffnet sein soll. Dies soll nach Abschluss der Erweiterung geschehen.

Vizebürgermeister Stütz bemerkt, dass der zusätzliche Öffnungstag bereits ab Mitte des Jahres in der Gebührenkalkulation berücksichtigt ist.

Das Gemeinderatsmitglied Franz Zeindlinger findet es positiv, dass nun das gesamte Projekt des ASZ verwirklicht werden kann und der zusätzliche Öffnungstag an einem Samstag nun verwirklicht werden wird. Die Erhöhung der Gebühr kommt allen zugute und wird sicherlich von der Bevölkerung angenommen.

Abstimmung: Dem Antrag des Berichterstatters wird durch ein Zeichen mit der Hand einstimmig stattgegeben.



Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Projekt Abwasserbeseitigung- BA.08:

Information über die Durchführungsbeschlüsse des Gemeindevorstandes vom 17.4.2007

Über Ersuchen des Vorsitzenden berichtet das Gemeindevorstandsmitglied Puchner, dass der Gemeindevorstand in der letzten Sitzung im Rahmen der Übertragungsverordnung einige Durchführungsbeschlüsse gefasst hat, über welche heute kurz berichtet werden soll.

Der Bau der Kläranlage schreitet nun zügig voran und bis Anfang Juni sollen die neuen Anlagen in Betrieb gehen. Die Baumeisterarbeiten sind großteils abgeschlossen und die Asphaltierungsarbeiten sind gestern erfolgt. Die Installationsarbeiten durch die Fa. Meisl sind in vollem Gange. Ebenso haben die intensiven Installationsarbeiten durch die Elektrofirma Hereschwerke begonnen.

Im Zuge der Bauarbeiten haben sich gewisse Veränderungen gegenüber der Ausschreibung ergeben, welche in Form von Nachtragsofferten vom Gemeindevorstand zur Kenntnis genommen wurden. Es handelt sich um folgende Änderungen:

Baumeisterarbeiten Fa. BT-Bau

- Außenstiege bei Schlammsilo		netto	€ 2.422,11
- Betonplatten verlegen zwischen BB2 u. BB3 und NKB	rd.	netto	€ 2.400,00
- Fassade Trockenschlamm-lagerplatzgebäude	rd.	netto	€ 2.500,00
- Fassade Betriebsgebäude sanieren	rd.	netto	€ 4.400,00
- Innenanstrich Betriebsgebäude inkl. Schimmelbekämpfung	rd.	netto	€ 1.700,00
- Zulaufgerinne Regenbecken Sanierung	rd.	netto	€ 4.355,00
Summe	rd.	netto	€ 17.895,91

Die Sanierung des Zulaufgerinnes wurde auch von der Fa. Meisl in Edelstahl angeboten. Die Kosten sind jedoch mit rund 11.000 Euro dreimal so hoch wie in Steinzeugausführung.

Installationsarbeiten Fa. Meisl GesmbH

- Luftansaugleitung für Gebläse zur Ansaugung aus dem Dachraum bei 3 Gebläse	rd.	netto	€ 4.215,--
- Handlauf Außenstiege Schlammsilo (Positionen in Ausschreibung enthalten)	rd.	netto	€ 2.000,--
Summe	rd.	netto	€ 5.215,--

Die Mehrkosten von netto rd. € 4.215,- für die Luftansaugung wahlweise aus dem Dachboden oder dem Rechenraum werden vom Bauleiter Eitler aus technischer und ökologischer Sicht (Verbrauch der Warmluft im Rechenraum) als sinnvoll erachtet, hierbei sind die anfallenden Heizkosten bei Ansaugung wie bisher aus dem Rechenraum den o.a. Mehrkosten gegenüberzustellen.

Die Fa. Meisl hat für die Adaptierung der Nutzwasserversorgungsanlage ein Nachtragsoffert gelegt:

Umbau der Nutzwasseranlage unter Verwendung der vorhandenen Unterwasserpumpe in eine Drehzahlgeregelte Anlage mit Membrandruckkessel 100l:

netto € 3.106,78

Diese Investitionen werden vom Bauleiter aus technischer Sicht durchaus als sinnvoll eingestuft, da das Kläranlagen interne Leitungsnetz durch die derzeitige Anlage mit enorme Druckschläge beaufschlagt wird und es daher immer wieder zu Schäden in Leitungen und Maschinen kommen kann.

Der Gemeindevorstand hat weiters dem Ankauf von zwei Lagerregalen für Betriebsmittel zum Preis von €678,00 zugestimmt.

Schließlich wurde noch über die Anschaffung eines Stromaggregates beraten. Ursprünglich war vorgesehen, dass ein großes Aggregat mit rund 80 kVA für den gesamten Betrieb der Kläranlage zum Preis von rund 25.000 Euro angeschafft wird. Dieses benötigt jedoch viel Platz und würde wegen des Gewichts und der Größe außerhalb der Kläranlage nur selten eingesetzt werden. Hingegen wird ein handlicheres Notstromaggregat für die Notauspumpung der Pumpwerke bei Stromausfall sowie für den Notbetrieb der Kläranlage (Licht, ein Luftkompressor ...) mit rund 20 kVA benötigt. Es werden noch Vergleichsofferte eingeholt und in der nächsten Sitzung wird der Ankauf beschlossen.

Im Gemeindevorstand wurde auch über einen möglichen Eröffnungstermin beraten. Es bietet sich der Freitag, 21. September an. Alternativ wäre auch der 7. September möglich. Beginn der Feier mit Tag der offenen Tür soll 16 Uhr sein.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, dass im Sinne der Übertragungsverordnung nur ein Bericht zu erstatten ist, über welchen jedoch nicht abzustimmen ist.

Das Gemeinderatsmitglied Günter Kainmüller fragt an, ob die Gesamtkosten beim Projekt lt. Schätzung eingehalten werden können. Der Amtsleiter informiert, dass die Gesamtkosten von 900.000 Euro voraussichtlich überschritten werden, jedoch im genehmigten Rahmen. Eine aktuelle Kostenkontrolle kann noch nicht erstellt werden, weil die Rechnungslegung der Firmen mit einigen Monaten verzögert erfolgt.

Vizebürgermeister Stütz bedankt sich bei den Gemeindebediensteten, die sehr praktisch mitdenken und sich bei der Projektsabwicklung sehr gut einbringen. Klärwärter Alois Wabro ist laufend integriert und hat das Bauvorhaben sehr umsichtig begleitet.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Reinhaltungsverband Freistadt und Umgebung:

Information über das Projekt Ableitungskanal Vierzehn, BA. 07, und Kenntnisnahme des Finanzierungsplanes

Das Mitglied des RHV-Vorstandes Herbert Ahorner berichtet über Ersuchen des Vorsitzenden, dass der Reinhaltungsverband Freistadt und Umgebung in der letzten Vorstandssitzung am 26.03.07 über das Projekt des Ableitungskanales Vierzehn (BA.07) beraten hat. Die wesentlichen Daten dieses Projektes sind:

Länge	1464,29 m
Schachanzahl	21
Wasserrechtl. Genehmigung	28.10.2005
Trassenführung	Feuerwehrhaus Freistadt entlang der B 310 bis zur Siedlung Vierzehn (Verbindungsstraße nach Helbetschlag);

Der Finanzierungsplan wurde vom Land, Abt. Wasserwirtschaft, Abwasserwirtschaft, und von der Kommunalkredit AG wie folgt bestätigt:

Baukosten		€310.000,--
Eigenmittel	10 %	€ 31.000,--
Landesförderung	4 %	€ 12.400,--
mit Finanzierungszuschüssen auszufinanzierender Anteil	86 %	€266.600,--

Für die Förderung seitens der Kommunalkredit AG wurde ein Förderbarwert von €128.824 errechnet. Zur Fremdfinanzierung wurde ein Darlehen an die Raiffeisenbank Region Freistadt und an die VKB mit jeweils €130.000,-- vergeben.

Die Eigenmittel werden nach Vorliegen der tatsächlichen Gesamtbaukosten den Mitgliedsgemeinden entsprechend dem Baukostenschlüssel für Kanäle in Rechnung gestellt (2008).

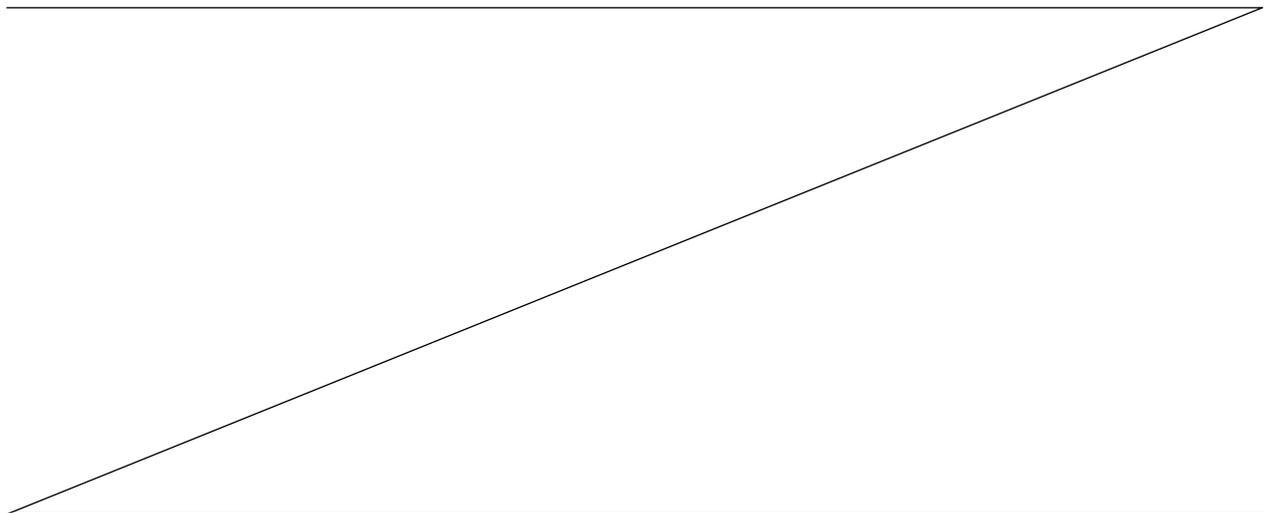
Der Berichterstatter informiert weiters über den Stand der Erweiterung der Kläranlage Freistadt. Die Bauarbeiten haben kürzlich begonnen. In diesem Zuge wird auch die Zufahrtsstraße zur Kläranlage erneuert und die Einmündung in die Walchshoferstraße verbessert. Der Ausbau der Kläranlage Freistadt wurde aufgrund des fortschreitenden Ausbaus des Kanalnetzes notwendig. Mit diesem Bauvorhaben wird die Kapazität von 22.000 auf 30.000 Einwohnerwerten gesteigert. Die Kosten des Ausbaus sind auf 5,6 Mio. € geschätzt. Die Bauzeit wird von April 2007 bis September 2009 dauern. Die besondere Schwierigkeit bei diesem Bauvorhaben ist, dass die Funktion der bestehenden Kläranlage ständig aufrecht erhalten werden muss.

Der Berichterstatter stellt den **Antrag**, diese Informationen und den Finanzierungsplan für den Ableitungskanal Vierzehn wie vorgetragen zur Kenntnis zu nehmen.

Das Gemeinderatsmitglied Günter Kainmüller fragt, warum die Mitgliedsgemeinden am Ableitungskanal für Rainbach mitzahlen müssen, während die übrigen Gemeinden beim Gemeindekanal von Gunnersdorf nach Freistadt nicht mitfinanziert haben. Dies wird vom Vorsitzenden aufgeklärt, der Anteil der Gemeinde Lasberg ist mit 2% an diesem Ableitungskanal Vierzehn sehr gering. Überdies sind die Anteile der Gemeinde auf der Grundlage der Investitionskosten der Verbandskanäle für die einzelnen Gemeinden festgelegt worden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt der Vorsitzende über den Antrag des Berichterstatters abstimmen.

Abstimmung: Dem Antrag wird durch ein Zeichen mit der Hand einstimmig stattgegeben.



Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Sport- und Freizeitpark:

Abschluss einer Zusatzvereinbarung mit den Pächtern Berlesreiter & Fuchs OG betreffend Kühlraum im Zuge der Neuverpachtung des Gasthauses „Lasberger Stüberl“ im Sinne der Vorberatung des Gemeindevorstandes vom 17.4.2007

Über Ersuchen des Vorsitzenden berichtet das Gemeinderatsmitglied Manzenreiter, dass bereits in der letzten Sitzung des Gemeinderates am 1. März 2007 grundsätzlich darüber beraten wurde, dass eine entsprechende Kühlmöglichkeit für das Gasthaus „Lasberger Stüberl“ zur Ergänzung des Getränkekühlraumes geschaffen werden muss. Die Schaffung eines Kühlraumes im Lagerraum im Obergeschoss ist deshalb notwendig, weil der bestehende Kühlraum zu klein und auch lebensmittelpolizeilich bedenklich ist. Eine gemeinsame Kühlung von Lebensmittel wie Fleisch und Getränkekisten sei nicht zulässig, wird auch von der Lebensmittelaufsicht der BH Freistadt bestätigt. Außerdem wird dieser Kühlraum z.B. bei Festen auch durch betriebsfremde Personen betreten, was ebenfalls problematisch sei.

Es wurden bereits die Anschaffung von zwei fertigen begehbare Kühlboxen (eine zum Kühlen und eine als Gefrierbox) und die Aufstellung im Lagerraum im Obergeschoss ohne bauliche Änderungen beraten und vom Gemeindevorstand beschlossen. Es wurden diesbezüglich Angebote eingeholt. Die Kühlzelle in einer Größe von 1460 x 1760 x 2000 kostet €4.150,00 bei der Fa. Ganglberger als Billigstbieter und die Tiefkühlzelle kostet €2.980,00 ebenfalls bei der Fa. Ganglberger.

Die Tiefkühlzelle sollte die Gemeinde direkt erwerben. Die Finanzierung der teureren Kühlbox sollte in Form einer Vorfinanzierung durch die Pächter erfolgen, hat der Gemeindevorstand vorgeschlagen. Die Gemeinde sollte diese Kosten in Form einer Mietreduktion zurückzahlen. Ursprünglich war die Dauer der Mietreduktion mit fünf Jahren angedacht, die Mieter wünschten jedoch eine raschere Rückzahlung innerhalb von zwei Jahren.

Es wurde daher eine Zusatzvereinbarung zum Pachtvertrag erstellt, welcher wie folgt lautet:

Zusatzvereinbarung

*abgeschlossen zwischen der Marktgemeinde Lasberg einerseits und der **Berlesreiter&Fuchs OG, 4291 Lasberg, Am Sportplatz 1**, als Pächter andererseits wie folgt:*

1.

*In Ergänzung des vom Gemeinderat am 1. März 2007 abgeschlossenen Pachtvertrages betreffend die Verpachtung der **im Hochbau des Sport- und Freizeitparks, Am Sportplatz 1, im 1. Stock gelegenen Räumlichkeiten mit der Nutzungsart Gasthaus** wird folgende Zusatzvereinbarung abgeschlossen.*

Die Pächter kaufen mit Zustimmung der Marktgemeinde Lasberg zur Verbesserung der Kühlmöglichkeiten eine Kühlzelle in einer Größe von 1460 x 1760 x 2000 mm von der Fa. Ganglberger aus Neumarkt. Da ordnungsgemäße Kühlräumlichkeiten für die Kühlung und Lagerung von Lebensmitteln getrennt von Getränken eine lebensmittelpolizeiliche Voraussetzung für den Betrieb einer Gaststätte sind, erklärt sich die Marktgemeinde Lasberg bereit, die Investitionskosten für die Kühlzelle in Form einer Mietreduktion auf die Dauer von zwei Jahren den Pächtern zurückzuzahlen.

2.

Die Kosten für den Ankauf der Kühlzelle betragen € 4.150,-- netto ohne Mehrwertsteuer. Diese Kosten werden innerhalb von zwei Jahren von der Gemeinde in Form einer Mietreduktion in der Höhe von monatlich € 175,-- als Fixbetrag beginnend ab 1. Mai 2007 in 24 Monatsraten rückerstattet. Die monatliche Miete beträgt somit laut Vereinbarung € 365,-- (in Worten: Euro dreihundertfünfundsechzig) zuzüglich der Umsatzsteuer im jeweils gesetzlichen Ausmaß.

3.

Das Pachtverhältnis beginnend mit 01. Mai 2007 wurde auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Sollte der Pachtvertrag unter Berücksichtigung der Vertragsbestimmungen vor dem 30. April 2009 aufgelöst werden, verpflichtet sich die Gemeinde, eine Ablöse in der Höhe der noch nicht rückerstatteten Monatsfixbeträge á € 175,00 für die verbleibenden Monate ab dem Ende des Pachtverhältnisses bis zum 30. April 2009 zu leisten.

4.

Alle Bestimmungen des Mietvertrages vom 1. März 2007 bleiben unverändert aufrecht. Änderungen dieses Vertrages oder einzelner Teile bedürfen der schriftlichen Form. Mündliche Nebenabreden haben keinerlei Rechtsgültigkeit.

5.

Dieser Vertrag wird nur in einer Urschrift ausgefertigt, die der Gemeinde gehört, während der Mieter eine einfache oder beglaubigte Abschrift dieses Vertrages auf seine Kosten erhält.

6.

Diese Zusatzvereinbarung wurde vom Gemeinderat der Marktgemeinde Lasberg in der Sitzung am 26. April 2007 beschlossen.



Der Berichterstatter stellt den **Antrag**, den Beschluss des Gemeindevorstandes zur Kenntnis zu nehmen und die Zusatzvereinbarung mit den Pächtern Berlesreiter & Fuchs OG betreffend Kühlraum im Zuge der Neuverpachtung des Gasthauses „Lasberger Stüberl“ abzuschließen.

Abstimmung: Ohne einer Wortmeldung wird der Antrag einstimmig durch Erheben der Hand beschlossen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Freibad „Splash“:

Anpassung der Freibadtarife im Sinne der Vorberatung des Gemeindevorstandes vom 17.4.2007

Der Vorsitzende berichtet, dass seit Aufnahme des Badebetriebes im Jahr 2002 die Badetarife unverändert sind. Der Verbraucherpreisindex ist seit Mai 2002 bis März 2007 um 9,1 % gestiegen und wird sich bis Mai 2007 auf knapp 10% erhöhen. Dies rechtfertigt jedenfalls eine Anpassung der Freibadtarife ausgenommen Kauttionen und Leihgebühren in der Höhe der Indexsteigerung.

Vom Gemeindeamt wurden nun die Badetarife mit einer Anpassung von 10% gerundet auf 10 Cent errechnet und diese wurden in der Gemeindevorstandssitzung vorberaten. Es wurden auch die aktuellen Tarife der Bäder in Freistadt, Pregarten, Bad Leonfelden, Reichenthal und Laussa (ähnlich groß wie Lasberg) erhoben. Dies hat ergeben, dass die Badetarife selbst nach der durchschnittlich 10-prozentigen Anpassung weiterhin sehr günstig und unter allen Vergleichstarifen sind. Es war die Zielsetzung von Beginn an, das Freibad Lasberg auch durch familienfreundliche Tarife bekannt zu machen. Es erscheint daher gerechtfertigt, dass nach nunmehr fünf Jahren seit Inbetriebnahme des Freibades eine Indexanpassung der Tarife in der Höhe von 10% vorgenommen wird. Die Tarife werden mittels Overheadfolie vorgetragen.

Der Vorsitzende stellt den **Antrag**, diese Tarifierfassung im Sinne der Empfehlung des Gemeindevorstandes in der vorgetragenen Höhe laut der vorliegenden Tarifberechnung zu beschließen.

In der Debatte meint das Gemeinderatsmitglied Gerlinde Tucho, dass die Tarife trotz der notwendigen Erhöhung grundsätzlich familienfreundlich bleiben. Sie berichtet weiters, dass im Juni im Wege der Sportunion wieder Aqua Aerobic angeboten wird.

Vizebürgermeister Stütz meint, dass man künftig nicht nur in der Index-Höhe anpassen soll, weil die Tarife in vergleichbaren Bädern doch um einiges höher sind.

Das Gemeinderatsmitglied Günter Kainmüller fragt an, ob der Pachttarif mit dem neuen Pächter bezüglich Freibad auch erhöht wird oder ob dieser gleich bleibt. Der Vizebürgermeister berichtet dazu, dass dieser Pachtzins wertgesichert ist.

Das Gemeinderatsmitglied Franz Zeindlinger ist der Ansicht, dass infolge der Abgangssituation der Gemeinde doch auch in Zukunft eine Anhebung der Tarife gerechtfertigt erscheint.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt der Vorsitzende über seinen Antrag abstimmen.

Abstimmung: Dem Antrag wird durch Erheben der Hand einstimmig stattgegeben.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Ausschuss für Kulturangelegenheiten:

Kenntnisnahme der Beratungsergebnisse vom 16.4.2007 betreffend Kinderbetreuung im August, Jubiläumsfeier 2010 und Kleinkinder (Marterlbuch)

Der Obmann des Kulturausschusses Hermann Sandner berichtet über Ersuchen des Vorsitzenden, dass der Ausschuss in der letzten Sitzung am 16.4.2007 folgende drei Punkte beraten hat:

Kinderbetreuung im August:

Ausschussobmann Hermann Sandner berichtet, dass es während der Sommerferien für Eltern von Kindergartenkindern und schulpflichtiger Kinder oft sehr schwierig ist, für deren Betreuung zu sorgen. Daher wurde von der Gemeinde eine Umfrage durchgeführt, ob ein Bedarf für ein zusätzliches Betreuungsangebot in den Ferien besteht. Für derartige Angebote der Gemeinden gibt es heuer vom Jugendreferat des Landes eine eigene Förderung bis maximal 1.000 Euro speziell für die Betreuung von schulpflichtigen Kindern im August durch die Gemeinde. Der Transport der Kinder muss von den Eltern übernommen werden. Die Eltern haben auch einen Beitrag ähnlich der Nachmittagsbetreuung zu entrichten.

Der Erhebungsbogen wurde an alle 189 Eltern mit Kindern im Alter von 3-10 Jahren gesandt. 80% haben den Erhebungsbogen nicht retourniert, von den verbleibenden 20% haben 4% der Eltern Interesse an einem Betreuungsangebot in den Sommerferien.

Konkret haben 10 Eltern mit insgesamt 14 Kindern im Alter von zwei bis neun Jahre ein Betreuungsangebot gewünscht. Es handelt sich um 2 Schüler und 12 Kindergartenkinder. 60% wünschen ein Mittagessen. Die Verteilung auf die unterschiedlichen Wochentage ist mit durchschnittlich 5-6 Kinder gegeben. Der Maximalwert ist am Dienstag mit 8 Kinder und der Minimalwert am Mittwoch mit vier Kinder. Eventuelle Urlaubszeiten sind darin jedoch noch nicht berücksichtigt.

Der Ausschuss war der Ansicht, dass wegen der geringen Zahl der Rückmeldungen nochmals im Wege der Gemeindeamtlichen Nachrichten der Hinweis an die Eltern gegeben werden soll, dass jene Eltern, die den Fragebogen noch nicht abgegeben haben, dies noch binnen einer Woche nachholen können. Nach dem endgültigen Vorliegen der Ergebnisse soll dann der Gemeinderat im Juni entscheiden, ob die Kinderbetreuung in den Sommerferien angeboten wird oder nicht. Am Mittwoch, 23. Mai 2007, 20 Uhr, soll zudem ein Elternabend stattfinden, zu dem alle interessierten Eltern eingeladen werden. Beim Elternabend sollen auch die Ausschussmitglieder anwesend sein.

Jubiläumsjahr 2010:

Sandner berichtet weiters, dass Vizebürgermeister Stütz im März die Obleute der Lasberger Vereine zum Frühstück eingeladen hat bei welchem 13 Obleute anwesend waren. Vizebürgermeister Stütz ist bei der Erstellung des Heimatbuches für das Thema „Vereinsleben“ verantwortlich und es soll nun angestrebt werden, dass jeder Verein seine Chronik digital erstellt, welche in Kurzform auch im neuen Heimatbuch berücksichtigt werden könnte.

Weiters wurde die Überlegung, das Fest der Volkskultur im Jubiläumsjahr in Lasberg zu veranstalten, fallen gelassen. Dieses Fest findet alle 2 Jahre statt und 2010 wäre zufällig das Mühlviertel an der Reihe. 23 Landesverbände (Mundartdichter, Tanzgruppen, ...) sind bei diesem Fest involviert. Die Erfahrungen der Gemeinde Hirschbach haben jedoch gezeigt, dass diese Veranstaltung zweifellos eine gute Werbung für Lasberg wäre, aber auch eine gewaltige Aufgabe. Im Rahmen des Jubiläumjahres gibt es jedoch noch so viele Dinge (Heimatbuch, Marterl, ...) zu bedenken, sodass dieses Fest zu arbeitsintensiv ist. Es soll nicht die ganze Arbeit auf eine Veranstaltung konzentriert werden soll.

Sandner informiert weiters, dass zur Erstellung des neuen Heimatbuches 20 Autoren um Mithilfe ersucht wurden. Frau Mag. Maria Schwaha hat dazu vorgeschlagen, eine Lasberger Schreibwerkstätte zum Thema „Heimat Lasberg“ anzubieten. Die Soziologin Mag. Barbara Spreizer würde behilflich sein und es könnten Texte im Heimatbuch veröffentlicht werden oder auch eine eigene Lesung mit den Teilnehmern der Schreibwerkstätte veranstaltet werden. Dies wurde in den Gemeindeamtlichen Nachrichten inzwischen ausgeschrieben. Zwei Interessenten haben sich zwischenzeitlich gemeldet. Ein Kurskostenbeitrag sollte nicht eingehoben werden, die Kosten von 500 Euro sollte die Gemeinde tragen.

Im Ausschuss wurden weiters die bisher vorliegenden Ideen und Überlegungen für das Jubiläumsjahr präsentiert. Das 500-Jahr-Jubiläum soll sich über ein ganzes Jahr erstrecken und könnte am 21.11.2009 mit der Präsentation des neuen Heimatbuches beginnen. An diesem Tag könnte auch die konstituierende Sitzung des neuen Gemeinderates stattfinden. Der Abschluss soll am 21.11.2010 (Markterhebung am 21.11.1510 durch Kaiser Maximilian) erfolgen.

Im Mai 2010 wird auch das Bezirksmusikfest in Lasberg veranstaltet, wobei die Marschwertung im Mai und die Konzertwertung im Oktober stattfindet.

Im Sommer 2010 (Juni-August) soll ein Heimattreffen mit allen ehemaligen Lasbergern mit einer Fotoausstellung „Lasberg einst und jetzt“ stattfinden. Außerdem soll eventuell eine Jubiläumsmünze und eine Lasberger Briefmarke eventuell mit Sonderpostamt mit Sonderpoststempel angeboten werden.

Das Heimattreffen an einem Wochenende im Sommer sollte aber nicht zeitgleich mit dem Trachtensonntag stattfinden. Als Termin wäre Ende Juli oder Anfang August vorstellbar. Am Samstag soll das Treffen für die ehemaligen Lasberger stattfinden und am Sonntag ein Jubiläumsfestzug. Vorstellbar wäre auch ein Sternmarsch in den Markt bzw. bei Schlechtwetter in die Kernlandhalle.

Auch die Theatergruppe möchte einen Beitrag zum Jubiläumsjahr leisten. Dir. Ortner würde eventuell ein Theaterstück über Lasberg schreiben oder es könnte auch ein historisches Theaterstück aus 1500 aufgeführt werden.

Der Vorsitzende bemerkt, dass er schon einige alte Filme über Lasberg gesammelt hat und ein Filmabend organisiert werden könnte. Weiters könnte auch im Fasching eine größere Veranstaltung stattfinden.

Die Geschichtsexperten Dr. Leitner und Dr. Etlstorfer arbeiten auch schon intensiv und es wäre vorstellbar, für Geschichtsinteressierte einen Abend mit Anekdoten, Episoden und Musik zu veranstalten.

In nächster Zeit soll nun ein Festausschuss für die Organisation der Jubiläumsfeierlichkeiten gegründet werden. Der Festausschuss soll sich aus folgenden Personen zusammensetzen: Mitglieder des Kulturausschusses, Gemeindevorstand, VS-Direktor Ortner, Kulturring-Obfrau Rosa Weißengruber, Tourismusobmann Josef Wittinghofer und AL Wittinghofer. In einem erweiterten Kreis (z.B. Unterstützung bei Festzug, usw.) können dann auch die Vereinsobleute beigezogen werden. Der Gemeindevorstand soll deshalb eingebunden werden, weil sich der Festausschuss auch mit dem Budget befassen muss.

Kleindenkmäler:

Sandner berichtet weiters, dass bereits rund 180 Denkmäler erfasst sind und die vorliegenden Daten in 7 Dorfabende den Bürgern und Marterlbesitzern vorgestellt wurden. Alle Anregungen und Informationen wurden in den letzten Wochen am Gemeindeamt in eine Auflistung eingearbeitet. Die meisten Marterl sind mit Geschichte und Bilder schon erfasst, bei einigen fehlt jedoch noch Material. Es wird versucht, dies durch Nachforschungen in der Pfarrmatrik zu ergänzen. Jedenfalls gibt es zu verschiedenen Marterln interessante Geschichten zu erzählen.

Ein Marterlbuch soll nächstes Jahr erscheinen und er hat daher bei drei Druckereien Angebote eingeholt hat. Die Kosten bei einer Auflage von 1000 Stk. würden sich auf rund 4,00 Euro je Buch belaufen, wobei die Fotos und Texte schon in einer Datei zur Verfügung gestellt werden müssen. Bei einem Verkaufspreis von ca. Euro 15,- wären bei 300 Stk. die Druckkosten getilgt. Die Gemeinde müsste allerdings die Druckkosten vorfinanzieren. Das Marterlbuch soll einen harten Einband und ca. 100 Seiten haben.

Der Ausschussobmann berichtet weiters, dass auch ein Marterl-Wanderweg geplant ist, wo interessante Marterl und schöne Aussichten miteingebunden werden sollen. Er wird überlegt, beim jeweiligen Marterl auch Wissenswertes über die Geschichte des Kleindenkmals in Erfahrung zu bringen. Der Tourismuskern würde die Arbeiten zum Wanderweg übernehmen.

Der Berichterstatter stellt den **Antrag**, diese Beratungen des Ausschusses zu den drei Themen wie vorge tragen zur Kenntnis zu nehmen, den Festausschuss einzurichten und die Herausgabe eines Marterlbuches grundsätzlich zu beschließen.

In einer Wortmeldung gratuliert das Gemeinderatsmitglied Gerlinde Tucho dem Ausschussobmann Sandner für seine bisherige Arbeit und dankt für seinen Einsatz.

Das Gemeinderatsmitglied Andrea Bauer fragt an, ob sich bezüglich der Ferienbetreuung noch Änderungen ergeben haben. Der Vorsitzende berichtet, dass vorerst ein Kind dazu gekommen ist.

Der Vorsitzende bedankt sich auch beim Ausschussobmann für seine umfangreiche Arbeit vor allem bei der Erhebung der Kleindenkmäler.

Das Gemeinderatsmitglied Franz Binder findet auch, dass vor Drucklegung noch einmal überprüft werden muss, ob die Fotos wirklich aktuell sind.

Abstimmung: Durch Erheben der Hand wird dem Antrag einstimmig stattgegeben.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Ausschuss für Familien-, Jugend-, Senioren-, Sozial- und Wohnungsangelegenheiten:

Information über die Beratungsergebnisse des Ausschusses vom 4.4.2007

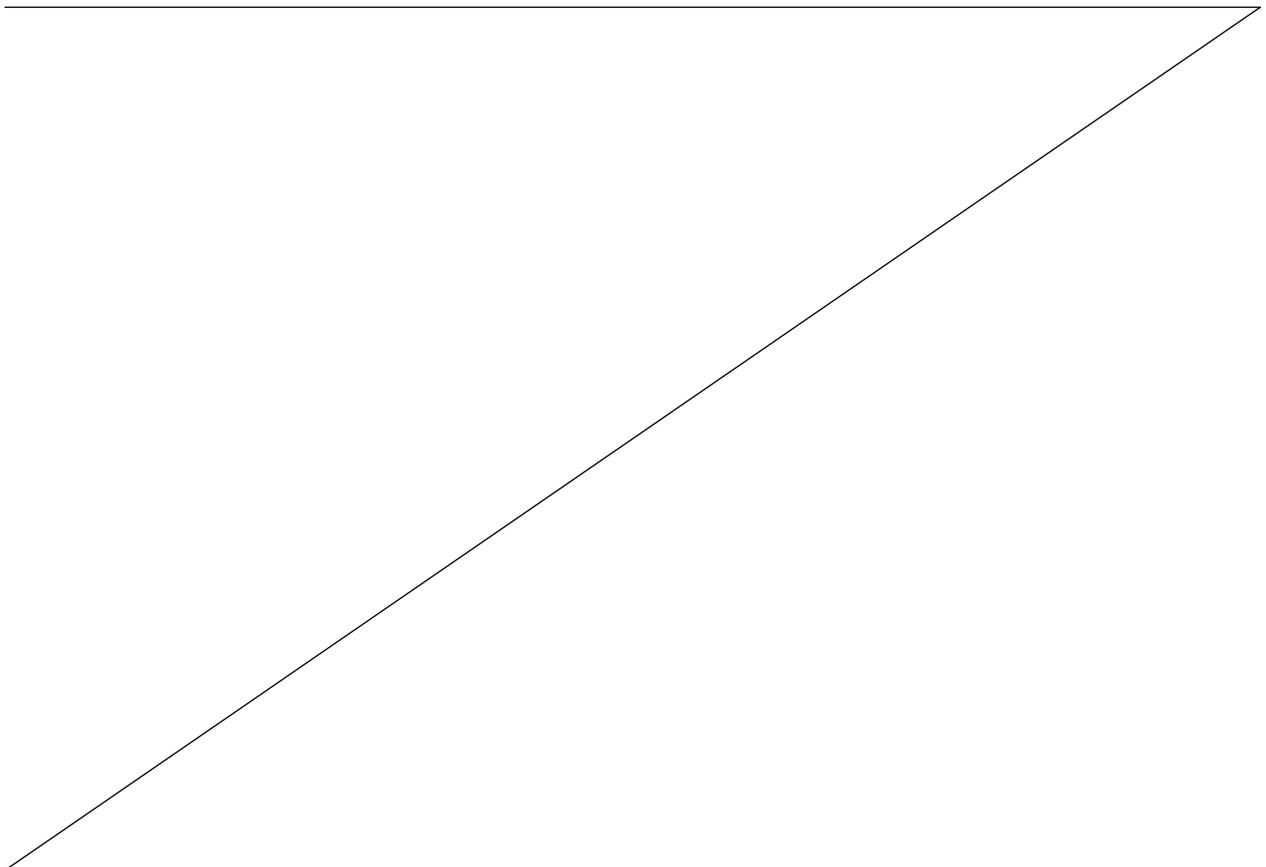
Der Vorsitzende ersucht die Obfrau des Ausschusses Gerlinde Tucho um Berichterstattung. Diese berichtet, dass der Wohnungsausschuss am 4. April eine weitere Wohnungsvergabe im neuen Mietwohnhaus WSG III (Oswalderstraße 18a) durchgeführt hat. Der bisherige Wohnungswerber Daniel Schmutzhard hat eine Wohnung bei seiner Partnerin bezogen. Statt ihn wurde auf Grund des Punktesystems die Wohnung an eine junge Familie mit zwei Kindern aus Feldkirchen vergeben, wobei der Familienvater eine Stelle im Diakoniewerk Gallneukirchen antreten wird.

Weiters wurde über die Schaffung des Angebots von Reihenhäusern in Lasberg beraten, wofür es drei Interessenten gibt. Laut Auskunft der Baufirma Wimberger sind jedoch Reihenhäuser der früheren Jahre nicht mehr zeitgemäß, es sind vielmehr Doppelhäuser im Trend. Der Ausschuss kam zur Ansicht, dass eine Beratung an einem „runden Tisch“ mit den Interessenten, Gemeindevertretern und der Baufirma Wimberger angeboten werden soll.

Schließlich wurde auch noch die Möglichkeit des Angebotes eines Jugendtaxi, wie dies in der Gemeinde Neumarkt angeboten wird, beraten. Es wurde jedoch die Meinung vertreten, dass derzeit dafür kein Bedarf besteht und daher ein solches Angebot in Lasberg vorerst zumindest nicht gemacht werden muss. Sollte dieses Thema wieder einmal aktuell werden, wäre eine spätere Beratung jederzeit möglich.

Der Vorsitzende meint abschließend, dass über diese Beratungen des Ausschusses keine Abstimmung erforderlich sei, weil keine Beschlüsse im Gemeinderat zu fassen sind.

Das Gemeinderatsmitglied Gerlinde Tucho ergänzt noch, dass sich heute ergeben hat dass die an Frau Böck zugewiesene Wohnung im WSG – Neubau frei wird und wie im Ausschuss angedacht die Wohnungswerberin Hölzl nun für diese Wohnung vorgesehen ist.



Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Nachwahl in den Ausschuss für Schul-, Kindergarten-, Kultur- und Sportangelegenheiten auf Grund des Mandatsverzichtes des Ersatzmitgliedes Jörg Leitner

Das Gemeinderatsmitglied Fritz Hackl berichtet über Ersuchen des Vorsitzenden, dass das Gemeinderatsersatzmitglied Jörg Leitner auf sein Mandat als Gemeinderatsersatzmitglied per Schreiben vom 11.1.2007 verzichtet hat. Aus diesem Grunde ist heute eine Nachwahl in den Ausschuss für Schul-, Kindergarten-, Kultur- und Sportangelegenheiten durchzuführen, in welchem Herr Leitner Ersatzmitglied war.

Der Berichterstatter stellt fest, dass für die Nachwahl von Mitgliedern der Ausschüsse die Bestimmungen über die Wahl der Mitglieder des Gemeindevorstandes sinngemäß anzuwenden sind, sofern der Gemeinderat nicht einstimmig etwas anderes beschließt. Die Bestimmungen besagen, dass Wahlen gemäß § 52 der Gemeindeordnung grundsätzlich geheim mittels Stimmzettel durchzuführen sind, es sei denn, der gesamte Gemeinderat beschließt einstimmig eine andere Art der Stimmabgabe.

Hierauf stellt der Berichterstatter den **Antrag**, dass die durchzuführende Nachwahl durch Erhebung der Hand und nicht geheim mittels Stimmzettel durchgeführt werden soll.

Der Vorsitzende lässt über diesen Antrag abstimmen. Ohne Debatte wird diesem Antrag durch Erhebung der Hand einstimmig stattgegeben.

Sodann bringt der Berichterstatter den vorliegenden schriftlichen Wahlvorschlag der ÖVP-Fraktion für die erforderliche Nachwahl wie folgt zur Kenntnis:

Wahlvorschlag

Gemäß § 33 der O.ö. Gemeindeordnung 1990, LGBl. Nr. 91/1990 i.d.g.F. wird von der ÖVP – Fraktion für die Nachwahl eines Ersatz-Mitgliedes in den Ausschuss für Schul-, Kindergarten-, Kultur- und Sportangelegenheiten auf Grund des Mandatsverzichtes des Gemeinderatsersatzmitgliedes Jörg Leitner nachstehender Wahlvorschlag eingebracht.

Ersatzmitglied Ausschuss für Schul-, Kindergarten-, Kultur- und Sportangelegenheiten:

Weißengruber	Rosa	geb.27.04.1961	Punkenhof 2
---------------------	------	----------------	-------------

Der Wahlvorschlag wurde gem. § 29 Abs.1 O.ö. GemO 1990 nachstehend von der absoluten Mehrheit der ÖVP – Gemeinderatsmitglieder unterzeichnet.



Der Berichterstatter ersucht den Vorsitzenden, die Wahl durchzuführen und über den Wahlvorschlag abzustimmen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Nachwahl als Fraktionswahl durchzuführen ist. Nachdem sich dazu keine Wortmeldungen ergeben, lässt der Vorsitzende daraufhin die Mitglieder der ÖVP-Fraktion über den vorgenannten Wahlvorschlag für die Nachwahl eines Ersatzmitglieds in den Ausschuss für Schul-, Kindergarten-, Kultur- und Sportangelegenheiten abstimmen.

Abstimmung über Wahlvorschlag: Durch Erheben der Hand wird von den Mitgliedern der ÖVP-Fraktion in Fraktionswahl dem vorgenannten Wahlvorschlag einstimmig zugestimmt.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: Genehmigung von Kreditüberschreitungen für das laufende Haushaltsjahr 2007

Der Vorsitzende ersucht das Gemeinderatsmitglied Helmut Satzinger um Berichterstattung. Dieser berichtet, dass sich im laufenden Haushaltsjahr einige Veränderungen bei einzelnen Voranschlagsposten seit dem Beschluss des Voranschlages ergeben haben. Diese Ausgaben sind im Wege einer Kreditüberschreitung vom Gemeinderat zu genehmigen. Er ersucht den Amtsleiter um Vortrag dieser Kreditüberschreitungen.

*Kreditüberschreitungen 2007
Ordentlicher Haushalt*

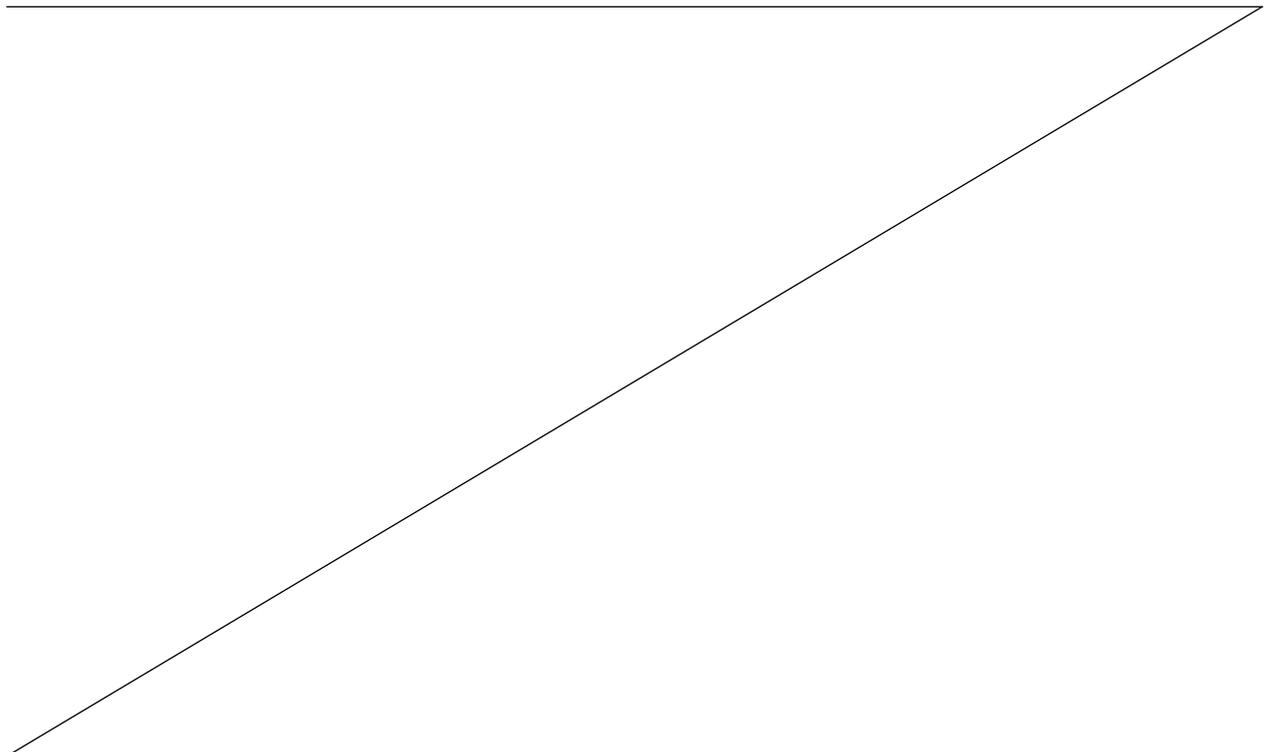
1-010000-010000	Gebäude (Nahwärme-Anschluss) um	€	2.810,00
1-240000-614000	Instandhaltung von Gebäuden (Grad Malerarbeiten) um	€	674,27
1-320000-618000	Instandhaltung von sonstigen Anlagen (Klavier stimmen) um	€	178,20
1-612000-400000	Geringwert. Wirtschaftsgüter (Hoffmann 1 PVC-Rahmen) um	€	170,52
1-612000-616000	Instandhaltung von Schneepflügen (Schneepflug Seiringer) um	€	624,33
1-813000-618000	Instandhaltung von sonstigen Anlagen (Kompost-Ladewagen) um	€	288,21
1-815000-778000	Kap.Tfz. an priv. Haushalte (Förd. für priv. Spielplatz) um	€	250,00
1-816000-050000	Sonderanlagen (Straßenbeleuchtung - Erweiterung) um	€	828,00
1-849000-614000	Instandhaltung von Gebäuden (Dachsanierung) um	€	298,90
1-851000-700100	Betriebskosten an Kefermarkt um	€	661,73

Außerordentlicher Haushalt

5-851900-004300	Maschinelle Ausrüstung	um	€	45.564,62
-----------------	------------------------	----	---	-----------

Der Berichterstatter stellt den **Antrag**, die vorgetragenen Kreditüberschreitungen für das Haushaltsjahr 2007 zu genehmigen.

Abstimmung: Dem Antrag wird durch ein Zeichen mit der Hand einstimmig stattgegeben.



Zu Punkt 10 der Tagesordnung: Prüfungsausschuss:

Kenntnisnahme des Prüfungsberichtes vom 29. März 2007

Über Ersuchen des Vorsitzenden berichtet der Obmann Franz Zeindlinger, dass heute der Bericht des Prüfungsausschusses vom 29.3.2007 zur Kenntnisnahme vorliegt. Dabei wurde die Kassen-, Haushalts- und Vermögensrechnung für das Jahr 2006 überprüft.

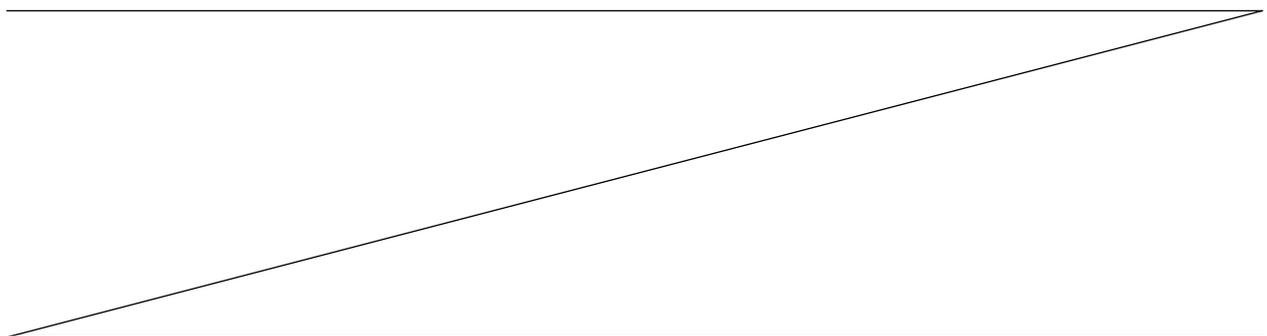
Bericht über die Prüfungsausschusssitzung vom 29. März 2007
Prüfung der Kassen-, Haushalts- und Vermögensrechnung für das Jahr 2006

- ✚ Die im Rechnungsabschluss ausgewiesenen Beträge wurden anhand der Endsummen der Konten stichprobenweise überprüft und für richtig befunden. Außerdem wurde der ausgewiesene Ist-Bestand anhand der Kontoauszüge kontrolliert. Die Endsummen laut Rechnungsabschluss stimmen mit dem Kontoauszug überein.
- ✚ Die Voranschlags- bzw. Nachtragsvoranschlagsansätze wurden im ordentlichen Haushalt bei den Ausgaben um € 70.996,24 überschritten, während Ausgabeneinsparungen von € 125.155,56 zu verzeichnen sind.
- ✚ Die Überschreitungen sind zum Teil darauf zurückzuführen, dass Ausgaben bei der Erstellung des Nachtragsvoranschlages noch nicht bekannt waren bzw. viel später eingelangt sind.
- ✚ Im ordentlichen Haushalt konnten Mehreinnahmen von € 112.016,67 erzielt werden, wogegen Mindereinnahmen von € 49.680,67 zu verzeichnen sind.
- ✚ Das Vermögen wurde anhand des Vermögenszeitbuches überprüft. Es dürfte das gesamte Vermögen erfasst sein. Der Gesamtvermögensstand beträgt mit 31.12.2006 € 11.736.442,76.
- ✚ Grundbesitzbögen und Versicherungsverträge liegen vor. Die Baulichkeiten sind ausreichend versichert. Die Prämien wurden rechtzeitig entrichtet.
- ✚ Die Schulden betragen per 31.12.2006 € 7.154.816,87. Die Gemeinde nicht belastende Schulden davon betragen € 794.148,43. Die Schulden sind richtig ausgewiesen und die Verbindlichkeiten wurden pünktlich erfüllt.
- ✚ Bereits abgeschlossene Bauvorhaben wurden sparsam zweckmäßig und wirtschaftlich abgewickelt. Für noch im Bau befindliche Vorhaben wurden die Bestimmungen der §§ 86 und 87 O.ö. GemO. 1990 eingehalten.



Der Berichterstatter stellt den **Antrag**, den vorgetragenen Prüfungsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmung: Ohne Wortmeldung wird dem Antrag durch Erhebung der Hand einstimmig stattgegeben und dem Prüfungsbericht zugestimmt.



Zu Punkt 11 der Tagesordnung: Genehmigung der Haushalts-, Kassen- und Vermögensrechnung 2006

Der Vorsitzende berichtet, dass die Haushalts-, Kassen- und Vermögensrechnung 2006 rechtzeitig erstellt worden ist und diese allen Gemeinderatsmitgliedern zugegangen ist.

Die Haushalts-, Kassen- und Vermögensrechnung 2006 ist durch zwei Wochen hindurch zur öffentlichen Einsicht aufgelegt, die Auflage ist kundgemacht worden. Einwände wurden gegen den Rechnungsabschluss nicht eingebracht. Wie vorhin behandelt, hat auch der Prüfungsausschuss den Rechnungsabschluss geprüft.

Vom Vorsitzenden wird die Haushalts-, Kassen- und Vermögensrechnung 2006 sodann auszugsweise zur Verlesung gebracht und in den wesentlichen Punkten erläutert.

Die Haushalts-, Kassen- und Vermögensrechnung 2006 enthält folgende Abschlussergebnisse:

Einnahmen des ordentlichen Haushalts	€	3,295.036,00
Ausgaben des ordentlichen Haushalts	€	3,397.440,68
Soll-Abgang Ordentlicher Haushalt	€	102.404,68
Einnahmen des außerordentlichen Haushalts	€	2,356.472,04
Ausgaben des außerordentlichen Haushalts	€	2,353.846,12
Soll-Überschuss des außerordentlichen Haushalts	€	2.625,92
Schuldenstand der Gemeinde am 31.12.2006.....	€	7,154.816,87
Rücklagen einschließlich Sondervermögen der Gemeinde am 31.12.2006.....	€	90.198,97

Die veranschlagten Ausgaben wurden im ordentlichen Haushalt gegenüber dem Voranschlag (Nachtragsvoranschlag) um € 70.996,24 überschritten, während Ausgabeneinsparungen im ordentlichen Haushalt von € 125.155,56 zu verzeichnen sind. Die veranschlagten Einnahmen wurden im ordentlichen Haushalt um € 112.016,67 überschritten, denen Mindereinnahmen von € 49.680,67 gegenüberstehen.

Im außerordentlichen Haushalt betragen die Mehreinnahmen € 28.196,23, denen Mindereinnahmen von € 1.008.924,19 gegenüberstehen. Die Ausgabenüberschreitung beträgt € 7.867,50. Die Ausgabeneinsparung im außerordentlichen Haushalt beträgt € 955.221,38.

Das Gesamtvermögen der Gemeinde beträgt zum Jahresende 2006 € 11.736.442,76. Die Gesamtschulden betragen zum Ende des Rechnungsjahres 2006 € 7.154.816,87, wovon € 6.360.668,44 die Gemeinde belasten. Nur rund € 632.200,- sind für Vorhaben, die nicht die Abwasserbeseitigung betreffen. (Die Gemeinde nicht belastende Schulden betragen € 794.148,43).

Danach stellt der Vorsitzende den **Antrag** auf Zustimmung und Genehmigung der Haushalts-, Kassen- und Vermögensrechnung für das Finanzjahr 2006.

Das Gemeinderatsmitglied Franz Binder stellt fest, dass sich der Abgang erfreulicherweise um die Hälfte reduziert hat. In der Ist-Rechnung sind jedoch Forderungen enthalten, wo die Gemeinde doch trachten soll, diese Forderungen hereinzubringen.

Abstimmung: Dem Antrag des Vorsitzenden wird durch Erheben der Hand einstimmig stattgegeben.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung: Allfälliges

Der Vorsitzende berichtet, dass der Sitzungsplan für den Gemeinderat geändert werden musste. Dieser wurde an alle Gemeinderäte ausgehändigt. Wegen des notwendigen Beschlusses betreffend das Behördenverfahren für die Umfahrung Lasberg muss am 14. Juni 2007 eine Sitzung anberaumt werden. Vorerst ist die Sitzung am 5. Juli noch im Sitzungsplan enthalten, ob diese Sitzung noch erforderlich sein wird, kann jetzt noch nicht gesagt werden. Sollte diese entfallen, ist die erste Sitzung nach der Sommerpause etwas früher voraussichtlich schon im August.

Der Vorsitzende berichtet weiters, dass in einer Bürgermeisterkonferenz auf der BH eine frühere Sperrstunde bei Veranstaltungen diskutiert wurde. Es wurde angeregt, dass die Festveranstalter im Bezirk eine Sperrstunde mit 3.00 Uhr festlegen. Dieser Vorschlag wurde auch im Bezirk Urfahr so umgesetzt. Er wird Kontakt mit den Vereinen aufnehmen, um das Ziel zu erreichen, dass die Veranstaltungen früher beginnen und damit auch früher enden. Gleichzeitig müssen Sperrstunden in anderen Lokalen mit 4 Uhr eingehalten werden. Das Gemeinderatsmitglied Gerlinde Tucho meint dazu, dass diese Sperrstundenregelung auch kontrolliert werden muss.

Der Vorsitzende gratuliert Karl Reindl zur positiv abgelegten Beamtenprüfung. Er berichtet auch dass Gemeindefeldarzt Dr. Helmut Czekal zum Obermedizinalrat ernannt wurde. Weiters wurde Schuldirektor Walter Ortner zum Oberschulrat ernannt.

Vizebürgermeister Stütz bedankt sich namens des Tourismuskerns für die gute Unterstützung der Gesunden Gemeinde und von Gerlinde Tucho bei der Gesundheitswanderung am 22.4.2007. Er dankt auch der Gemeinde für die Unterstützung der Anlage des Druidenweges. Die Ausgaben von rund 5000 Euro werden mit 20% von Landesrat Sigl unterstützt. Die Gemeindefeldarbeiter haben für die Festveranstaltung am 22.4. ehrenamtlich gearbeitet. Er gratuliert Roman Brungraber, der das erste Lehrjahr als Verwaltungsassistent mit Auszeichnung abgeschlossen hat.

Der Vorsitzende dankt ebenfalls Vizebürgermeister Stütz für sein Engagement für den Tourismuskern und Josef Katzmaier für die Unterstützung des Obmannes.

Das Gemeinderatsmitglied Andrea Bauer meint, dass die Sonderunterstützung von 700 Euro für soziale Notfälle, wenn es nicht benötigt wird, in einem Fonds angelegt wird. Der Vorsitzende meint dazu, dass dies mit der Aufsichtsbehörde abgesprochen werden muss.

Das Gemeinderatsmitglied Andrea Bauer fragt nach, was die Geschwindigkeitsmessung im Bereich Mittelweg ergeben hat. Die Bewohner wünschen dringend eine 30 km/h Beschränkung, weil die Kinder beidseitig des Güterweges wohnen.

Das Gemeinderatsmitglied Günter Kainmüller fragt nach bezüglich der Förderung für privaten Kinderspielplatz und die Aufstellung eines Ruhebankerls. Der Vorsitzende meint, dass die Gemeinde diesen Spielplatz bezuschusst hat.

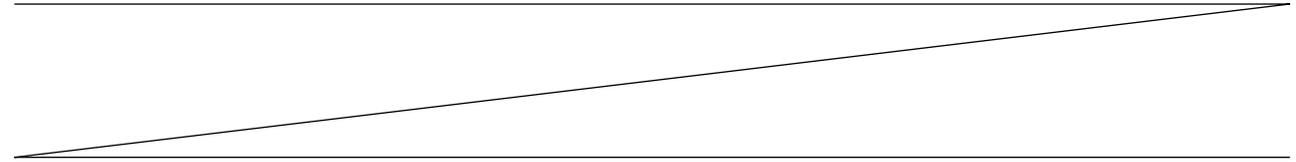
Das Gemeinderatsmitglied Franz Binder schlägt vor, dass für den Sozialfonds eine Rücklage gebildet werden könnte. Er fragt an, wie Landesrat Sigl zu den nächsten Tourismusprojekten Marktschmiede und Aussichtswarte steht. Der Vorsitzende teilt mit, dass ein künftiges Projekt Marktschmiede aus Mitteln der Ortsentwicklung unterstützt wird. Das Projekt Aussichtswarte als Leaderprojekt wird auch von der LAbg. Lackner-Strauß und Mag. Christian Jachs, dem Obmann des Leadervereines, unterstützt und die Reaktionen sind positiv. Es kann jetzt aber noch niemand sagen, welche Projekte überhaupt gefördert werden.

Das Gemeinderatsmitglied Sieglinde Gratzl berichtet von den nicht ansehnlichen Ablagerungen im Bereich der Liegenschaft Preinfalk in Manzenreith.

Das Gemeinderatsmitglied Höller Alois bemerkt, dass der Gehweg vom Gasthaus Ott in den Feistritzpark bei Nässe sehr rutschig ist. Der Weg sollte vom Gras befreit werden.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung:

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die Sitzung vom 1. März 2007 werden keine Einwendungen erhoben.



Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 22:00 Uhr.

Gemäß § 54 Abs. 3 der GemO 1990 i.d.G.F. ist die Verhandlungsschrift vom Vorsitzenden, von je einem Mitglied der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, welche zu Beginn jeder Sitzung dem Vorsitzenden von den jeweiligen Fraktionsobmännern namhaft gemacht wurden, und vom Schriftführer zu unterfertigen. Als Protokollfertiger wurden Vizebgm. Leopold Stütz von der ÖVP-Fraktion, Franz Binder von der SPÖ-Fraktion und Günter Kainmüller von der FPÖ-Fraktion genannt.

Josef Brandstätter e.h.

.....
(Vorsitzender)

Leopold Stütz e.h.

.....
(Gemeinderatsmitglied – ÖVP-Fraktion)

Christian Wittinghofer e.h.

.....
(Schriftführer)

Franz Binder e.h.

.....
(Gemeinderatsmitglied – SPÖ-Fraktion)

Günter Kainmüller e.h.

.....
(FPÖ-Gemeinderatsmitglied)

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom 14. Juni 2007 keine Einwendungen erhoben wurden / ~~über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde.~~

Lasberg, am 14.6.2007

Der Vorsitzende:

Josef Brandstätter e.h.

.....